

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Egr., halbjährs 1 Thlr. 20 Egr.  
 Zusatze nehmten an: in Berlin: in Hefenow, in Pöppig: Jüßen  
 & Fort. G. Engler, in Hamburg: Saafeldt & Ziegler, in Frankfurt  
 a. M.: Jäger, in Elbing: Henmann, Hartmann, Buchholz

# Zeitung.

Durch den Ankauf der berühmten Autographen-Sammlung des Generals v. Radomiz ist die hiesige Königliche Bibliothek um einen neuen Schatz der wichtigsten Beiträge zur Geschichte und Literatur bereichert worden. Die in ihrer Art einzige Sammlung umfaßt 13,000 Nummern, darunter die seltenen Handschriften des böhmischen Reformators Johann Hus, des berühmten Königs Ludwig XI. von Frankreich und seiner Tochter Anne de France aus dem fünfzehnten Jahrhundert, des Papstes Pius II., bekannter unter dem Namen Aeneas Sylvius und des Königs Emanuel II. von Portugal aus dem Jahr 1498. — Außerdem finden wir fast sämtliche Regentenfamilien, vor Allen das Haus Hohenzollern und Habsburg, die Helden des dreißigjährigen Krieges, darunter Gustav Adolph und sein Gegner Wallenstein, die Krieger der Revolution und des Kaiserreichs, so wie die Feldherren des Befreiungskrieges. Der alte Blücher schreibt an General York: „Em. Excellence benachrichtige vorläufig ges. Ergebt, wie ich den 1te Januarius mit Tages anbruch den Rhein mit den armés. Passiren werde, die Disposition soll morgen erfolgen, um mein Vorhaben zu verheimlichen, werde ich den 29ten dieses m. quattr nach Frankfurt verlege und solche Einrichtung treffen lassen als wenn ich auf eine Dauer da verbleiben werde. — Höchst, 26. December 1813.“ Auch das Heer der Diplomaten und Staatsmänner aller Völker und Länder ist äußerst zahlreich vertreten; Mirabeau eifert in dem Bruchstück einer Rede gegen neue Auflagen und die Unmoralität der Staatslotterie und Herr von Manteuffel, der frühere preussische Ministerpräsident, übersendet den Bericht eines geheimen Polizeiagenten über die Wirkung, welche die octroyirte Verfassung im Publikum hervorgebracht hat.“ Einen besonders wichtigen Beitrag zur Geschichte der deutschen Bewegung vom Jahre 1848 — 1849 liefert die Abtheilung der Handschriften der constituirenden National-Versammlung in Frankfurt a. M. Dieselbe enthält außer den Collectiv-Anträgen und wichtig-



gierung auf jede weitere Veränderung des allegirten Gesetzes für jetzt verzichtet, weil sieachtet, daß die Spannung des Augenblicks einer sachlichen Erwägung und der dabei in Betracht kommenden legislativen Momente nicht günstig sind. Aus diesem Grunde muß auch die Vorlegung der in diesem Gesetz-Entwurf verheissenen neuen Landwehr-Ordnung ausgesetzt bleiben, um so mehr, als eine solche überhaupt erst nach gesetlicher Feststellung der vorgeschlagenen Veränderungen über die Kriegsdienstverpflichtung ausführbar erschien. M. H. Wie tief begründet auch seit Jahren die Ueberzeugung der Regierung von der Nothwendigkeit und Zweckmäßigkeit der faktisch eingetretenen Armee-Reform sein mag, so haben doch ihre Entschlüsse nach den Erfahrungen des letzten Friedens an Klarheit, Sicherheit und Festigkeit in dem Maße gewonnen, daß es ihr mit Pflicht und Gewissen ganz unvereinbar, daß es ihr unmöglich erscheint, jetzt in wesentlichen Punkten auf erprobte und wohlbewährte Einrichtungen zu verzichten. Jeder Unbefangene wird und muß ihr darin beistimmen und die etwaige Befangenheit mißbilligen, welche etwa um eines Parteiinteresses willen, um eines möglichen Machtwechsels willen eine von ganz Europa gebührend gewürdigte Institution verwerfen wollte. Lassen Sie mich zum Schluß der gern gehegten Erwartung Worte geben, daß das im Lande tief empfundene Bedürfnis nach Verständigung bei Behandlung der Vorlagen in diesem Hause keinen berechtigten Wiederhall finden möge, daß das Gefühl für Preußens Macht und Größe in diesem Hause stets mächtiger sein werde als der verderbliche Geist der Parteilungen, als persönliche Sympathien oder Antipathien. Die Behandlung, welche das Haus der Vorlage angedeihen lassen will, gebe ich Ihnen anheim."

Der Kriegsminister v. Roon bringt alsdann noch einen Gesetzentwurf, ein betreffend die Versorgung der anerkannten Militär-Invaliden vom Oberfeuerwerker, Feldwebel und Wachtmeister abwärts, sowie auf die Unterstützung der Wittwen der im Kriege gebliebenen Militärpersonen desselben Ranges.

In Betreff der Militärvorlage beantragen die Abgg. Michaelis und Twesten, über die Behandlungsweise der Vorlage erst Beschluß zu fassen, nachdem dieselbe gedruckt ist.

Abg. Dr. Virchow: Er erlaube sich eine Frage an den Herrn Kriegsminister. Derselbe habe im Anfange seines Vortrages persönlich gesprochen, er habe gesagt, daß er keine Motive niedergeschrieben und keine Motive übergebe. Es sei dies in den Annalen des Hauses noch nicht vorgekommen. Es scheine daher wichtig, zu constatiren, ob der Herr Minister seine Mittheilungen im Namen der Regierung und im Einverständnis mit dem Ministerium gemacht habe, oder ob er diese Mittheilung als persönliche betrachtet wissen wolle. Es sei dies wichtig, weil die Erklärung nicht vollständig übereinstimme mit der Thronrede und mit den Erklärungen des Ministerpräsidenten im anderen Hause. Es sei dort auf eine andere Art der Verständigung hingewiesen, nämlich auf den Weg der Compromisse; in den Worten des Herrn Kriegsministers finde sich davon nichts. Diese Differenz scheine ihm so wichtig, daß er sich darüber eine Erklärung erbitte.

Kriegsminister v. Roon: Ich glaube vorweg constatiren zu sollen, daß eine solche augenblickliche Interpellation zu beantworten lediglich in das Ermessen der R. Regierung gestellt werden muß. (Zustimmung zur Linken.) Nach dieser Bemerkung gegen mögliche Konsequenzen will ich gern keinen Anstand nehmen, dem Vorredner und denjenigen im Hause, die dasselbe Interesse haben, zu erklären, daß das, was ich so eben in Stelle von fehlenden Motiven vorgetragen habe, allerdings persönlich von mir herrührt, wiewohl ich überzeugt bin, daß es mit den Auffassungen der R. Regierung Wort für Wort und Sylbe für Sylbe übereinstimmen dürfte. Wenn dem Vorredner eine Differenz zwischen meinen Auffassungen und denen des Herrn Ministerpräsidenten im andern Hause aufgefallen ist, so thut es mir leid — es ist seine Auffassung.

Abg. Graf Schwerin unterstützt den Antrag des Abg. Michaelis, der demnachst vom Hause mit großer Majorität angenommen wird.

Bzüglich des Gesetzentwurfes, betr. die Unterstützung der Invaliden etc., beantragt Abg. Graf Schwerin ebenfalls Aussetzung des Beschlusses über die Behandlung bis nach

sten Einzelnen-Äußerungen eine Reihe der interessantesten Briefe und Schriftstücke von den hervorragenden Abgeordneten. Höchst charakteristisch sind die Gedankenblätter der verschiedenen Deputirten; so schreibt Bassermann: „Wer für die Menschen wirken will, der muß sie lieben und verachten zugleich.“ Beckerath: „Die Erinnerung, mitgewirkt zu haben zum Wohle des Ganzen, ist der edelste Besitz des Einzelnen.“ Dahlmann: „Die Freiheit ist kein Zustand des Geistes, nein, die prästehende Frucht mannigfacher Entfaltung und Arbeit.“ Droysen: Magna pars molis erat Romanam condere gentem. Ein Trost für Deutschland u. s. w.“

Unter den Dichtern und Gelehrten liefert Göthe zwei Briefe an den bekannten Maler Müller, Schiller einen Wechsel über 132 Gulden, zahlbar an die kurfürstliche deutsche Gesellschaft, Klopstock giebt Nachrichten von seinem süßen Mädchen und daß er „eine Weile und noch eine Weile geritten, um ihr durch den Expressen die letzte Rose des Jahres zu schicken.“ Jean Paul schreibt: „Da es auch bei den Völkern mehr auf das innere Reichthum als auf das äußere Wohlleben ankommt, so haben die Deutschen mehr der Zeit abgemessen, als man vielleicht denkt.“ Der ehrliche Seume erklärt: „Von geheimen Bruderschaften bin ich ein Widersacher, die Wahrheit muß muthig hervortreten und durch eigene Kraft siegen. . . . meine ganze Weisheit, Religion, Moral und Recht warte ich auf ein Quariblättchen schreiben; und wenn ich es thäte, würde man wahrscheinlich auch nicht darnach fragen, wenn man es nicht anathematisirte.“ Von dem würdigen Schokke ist ein Brief an die Schriftstellerin Therese Huber aufbewahrt, worin er folgende beherzigenswerthe Worte ausspricht: „Der große Geistesverbreiter in den neueren Jahrhunderten, den das Alterthum so nie gekannt hat, — dies Reden der Welttheile mit einander, — dies Erkennen der Geister von höherer Bildung in allen Nationen: das ist die wahre allgemeine Kirche, die unsichtbare, in der sich die Coloren der Menschheit unsichtbar begreifen, belehren, lieben, sogleich verstehen, — vom Irdischen frei, sich nur in ihrer göttlichen Natur erkennen und verbrüdern. Und nur der Gedanke auch an diese heilige Gemeinschaft ist es, der allein beim Anblick der Erbarmlichkeit des Jahrhunderts tröstet und den Muth hebt. Ja, das aufsteigende Fortschreiten der Menschheit zum Gottreiche ist kein leerer Gedanke. Und jene Erbarmlichkeiten, jene Gespenstererscheinungen in Staat und Kirche, die im ersten Augenblick betrübend scheinen können, sind so nothwendig als das Gute selbst. Sie geben zu diesem neuen Spannkraft; sie sind das sicherste Reizmittel, Recht, Wahrheit, gesetliche Freiheit und Glauben ohne Aberglauben, in der halberwachten Völkermasse

dem Drucke der Vorlage. — Graf Bethusy-Huc widerspricht. Die Angelegenheit könne nicht etwa ad calendas graecas vertagt werden (oh! oh!). Der Antrag des Abg. Graf Schwerin wird angenommen.

Präsident Grabow: Wir kommen zum ersten Gegenstand der Tagesordnung: Vereidigung der neu in das Haus getretenen Mitglieder, welche den verfassungsmäßigen Eid noch nicht geleistet haben. Ich ersuche die betreffenden Herren, in die Mitte des Saals zu treten, die Mitglieder des Hauses, wie alle auf den Tribünen befindlichen Zuhörer, sich von ihren Plätzen zu erheben und fordere die Diener auf, die Thüren des Saales während der Vereidigung geschlossen zu halten. Alle Anwesenden erheben sich und es leisten in der üblichen Weise den Eid die Abg. Harfort II., Heyl, Hoppe, Dr. Jablonski, Wader, Ronde, v. Zychlinski und Ziegler.

Es folgt der Bericht des Abg. Michaelis über die provisorisch erlassene Verordnung vom 25. April 1864, betreffend die zeitweise Herabsetzung der Hafenabgaben für ausländische Schiffe. Die Commission empfiehlt die nachträgliche Genehmigung und beantragt ferner: die Kgl. Staatsregierung aufzufordern, die gänzliche Aufhebung der extraordinären Flagngelder in Erwägung zu ziehen.

Ref. Michaelis: Die Commission für Handel und Gewerbe habe keinen Anstand genommen, die Anerkennung der Dringlichkeit der betr. Verordnung zur Beseitigung eines ungewöhnlichen Nothstandes auszusprechen. Da die kriegerischen Verhältnisse die preussische, deutsche und dänische Schifffahrt, welche 1863 74% der Frequenz der preussischen Häfen bildete, für die Vermittelung unseres Seehandels lahm gelegt haben, so empfehle es sich, alle Hindernisse, die der internationalen Flagge in der Vermittelung des Seehandels unserer Plätze im Wege gestanden, zu beseitigen. Das extraordinäre Flagngeld sei ein erhebliches Hinderniß in seiner prohibitiven Höhe von zusammen 3% per Schiffslast für ein- und ausgehende beladene Schiffe. Durch Schifffahrtsverträge und Reciprocität fänden die extraordinären Flagngelder von bedeutenden schifffahrttreibenden Nationen nur noch bei spanischen und französischen Schiffen Anwendung, bei letzteren nur noch bis zum 1. Juni d. J. Folge der Verordnung vom 25. April 1864 sei gewesen, daß allein in Swinemünde und Danzig 50 französische Schiffe während des J. 1864 verkehrt hätten, während 1863 in sämtlichen preussischen Häfen nur 23 französische, wovon nur 20 beladen, eingelaufen seien.

Abg. v. Rönne spricht für gänzliche Aufhebung der Verordnung vom 20. Juni 1822. Ohne Zweifel werde die Regierung sich durch die eingebrachte Resolution veranlaßt sehen, die Ostseehäfen darüber zu hören und er zweifle nicht, daß diese einen Widerspruch nicht erheben würden, weil ja die Ostseeprovinzen stets die Ersten in den Reihen der Kämpfer für den freien Verkehr gewesen seien. Zudem handle es sich bei Aufhebung jener Verordnung nicht um finanzielle Opfer, da die jährliche Einnahme an extraordinären Flagngeldern nur etwa 6800 Mk. betrage. Der Antrag der Commission wird mit sehr großer Majorität angenommen. Nächste Sitzung Sonnabend.

#### Politische Uebersicht.

Die Depesche des Wolffschen Telegraphenbureaus, welche uns gestern Nachmittag den Inhalt der Rede des Herrn Kriegsministers bei Gelegenheit der Ueberreichung der Militärrnovelle mittheilte, gab in den wesentlichsten Punkten den Inhalt sehr ungenau an. Nachdem wir den Wortlaut der Rede gelesen, können wir nicht darin finden, daß Herr Roon gesagt, die Regierung verzichte — wie es in der Depesche hieß — auf die Durchsetzung des vollen Umfangs der Vorlage. Die Vorlage selbst ist im Wesentlichen dieselbe, wie die früher eingebrachte. Concessionen bemerken wir darin nicht. Die ganze Angelegenheit hat, wie man als zuverlässig hört, überhaupt mehrere Phasen durchgemacht. Nach den noch vor Kurzem kundgegebenen Anschauungen in Regierungskreisen dürfte man eine andere Vorlage erwarten.

Trotz alledem ist die „Krenztg.“ noch immer wegen etwaiger Concessionen der Regierung in hoher Sorge. Wie seit mehreren Tagen so bringt auch die letzte Nummer noch der „Berl. Rev.“ wieder einen „Ermannungs-Artikel.“ Auch selbst dann, wenn das Abgeordnetenhaus in der Militärfrage ganz „Ja“ sagt, ohne „gründlich und allgemein umzukehren“

zum Leben anzuregen. . . . — Seine steuert ein älteres Sonett bei und einen Brief an Alexander von Humboldt, worin er ihn um seine Verwendung ersucht, „daß er ungehindert könne von Hamburg nach Berlin kommen, um dort alte Freunde wiederzusehen und die Aerzte wegen seiner tief zerrütteten Gesundheit um Rath zu fragen.“ Humboldt notirt auf dem Briefe Heines: „Der König, der für die Gedichte unverwundliche Vorliebe hegt, fand es hart, trotz der schändlichen Spottgedichte auf Preußen, ihn zurückzuweisen. Die Polizei wußte aber dem ihr fremden Bartsgefühl zu widerstehen.“ In einem anderen Schreiben Heines an den unglücklichen Pasalle kommt folgende merkwürdige Stelle vor: „Wie viele Rippenstöße werden Sie noch bekommen, ehe Sie meine Erfahrung gewonnen!“

Im königlichen Schauspielhause wurde ein neues fünf-actiges Schauspiel: „In der Heimath“ von Charlotte Birch-Pfeiffer mit äußerlichem Erfolge gegeben. Die Heldin ist die Tochter eines reichen schwarzwälder Holzhändlers und Sennenswirths, die in Paris bei ihrem Vathe, dem speculativen Vanquier Blanc, erzogen wird, der sie für seinen, jedoch bereits heimlich mit einer Polin verheiratheten Sohn bestimmt hat. Sie selbst liebt ebenfalls einen jungen Grafen, der sie entführen will, aber in der Ausführung seines Entschlusses durch seinen ahnenstolzen Heim verhindert wird. Von ihrer resoluten jüngeren Schwester über die aristokratischen Intriguen auf gerade nicht löbliche Weise aufgeklärt, kehrt sie in das Vaterhaus zurück. Nach Verlauf eines Jahres begegnet sie ihrem früheren Geliebten, der ihr von Neuem seine Hand anbietet. Da der Heim durch seinen Einfluß neue Hindernisse häuft, so will der junge Graf seinem Stande entgehen und fortan als Bauer leben. Schließlich aber wird auch der starre Aristokrat durch die Tugend und Liebeshörigkeit der schönen Schwarzwälderin besiegt, so daß dem Glücke des liebenden Paares nichts im Wege steht. — Auch der neuen Arbeit der geschickten Bühnenkünstlerin, welche eben nicht zu ihrem Vorthiel vielfach an ihre „Frau Professorin“ erinnert, fehlt es nicht an sogenannten Situationen und wirklichen Szenen, doch leidet das Ganze an einer allzugroßen Sentimentalität, die häufig in ihr Gepräch umschlägt und statt Thränen Lachen erregt. Die Charaktere sind zwar nicht neu oder interessant, aber den Darstellern so zu sagen auf den Leib geschrieben und bieten den Schauspielern dankbare Rollen. Einen höheren Gedanken muß man nicht suchen, da Frau Birch nicht für die Unsterblichkeit, sondern für die Theaterkassse schreibt und diesen Zweck dürfte voraussichtlich auch ihr jüngstes Product überall erfüllen, wo die Aufführung so abgerundet geht, wie in Berlin. Max Ring.

in der Budgetfrage etc., müsse die Regierung auf dem bisherigen Wege energisch beharren. Die „Krenztg.“ ist von jeher so glänzend gewesen, dem Lande stets nur zu erlauben, mehr Steuern zu zahlen; von etwas mehr Freiheit, von Erfüllung der durch die Verfassung befestigten Verheißungen will sie nichts wissen. Ihr Programm ist vielmehr: stets mehr Steuern und dafür weniger Freiheit.

Wie der „Nat.-Stg.“ aus München aus zuverlässiger Quelle mitgetheilt wird, ist in Folge einer Anregung eines mittelstaatlichen (nicht des bairischen) Diplomaten in der ersten Hälfte des vorigen Monats dort eine französische Depesche vorgelesen, welche sich auf die Differenz zwischen den deutschen Mittelstaaten und den beiden Großmächten bezog. Dieselbe Depesche soll auch in Dresden übergeben sein. Frankreich hat darin seine bisherige neutrale Haltung damit entschuldigt, daß es sich von des schlesw.-holst. Frage, die eine deutsche sei, fern halte. Herr v. d. Pfordten soll darauf sofort die Erklärung abgegeben haben, daß Frankreich Baiern gegenüber keiner Entschuldigung wegen Nichttheilnahme in deutsche Angelegenheiten bedürfe.

Die Thronrede, mit welcher das britische Parlament eröffnet ist, liegt nunmehr ihrem Wortlaut nach vor. Der Passus über die europäischen Angelegenheiten ist ziemlich knapp. Er lautet: „Die Unterhandlungen, welche der Kaiser von Oesterreich und der König von Preußen mit dem Könige von Dänemark angeknüpft hatten, sind durch einen Friedensvertrag zum Abschlusse gebracht worden, und die Mittheilungen, welche S. M. von den fremden Mächten erhält, veranlassen sie, die wohlbegründete Hoffnung zu hegen, daß keine neue Störung des europäischen Friedens zu befürchten steht.“ Es folgen dann Sätze über Amerika, Indien, Japan etc. In Bezug auf innere Angelegenheiten verweist die Thronrede auf Reformen in der Armengesetzgebung und dem Schulwesen, mit welchem sich das Parlament beschäftigen wird. „Die allgemeine Lage des Landes — heißt es ferner — ist befriedigend und die Staatseinkünfte erreichen die erwartete Höhe. Der Nothstand, welcher in einigen der Fabrikbezirke herrschte, hat bedeutend nachgelassen und die zur Förderung öffentlicher Bauten in jenen Bezirken erlassene Acte hat nützliche Ergebnisse erzielt.“

Berlin. Der Vorstand des Abgeordnetenhauses hat, wie der „St. P. C.“ mitgetheilt wird, den Beschluß gefaßt, die von dem Minister des Innern bei der Uebergabe des Gebäudes zurückbehaltenen Loge zu reclamiren.

Stettin, 8. Febr. Die „N. St. Stg.“ schreibt: „Wie wir bei Gelegenheit der letzten Vorlesung des Herrn Bogumil Goltz mittheilten, befand sich derselbe an jenem Abend bereits in einem so angegriffenen Gesundheitszustande, daß eine Abkürzung seines Vortrages nöthig wurde. Leider hat sich der Zustand des Patienten seitdem verschlimmert, und liegt derselbe bedenklich erkrankt in seiner Wohnung im Hotel de Russie darnieder, glücklicherweise unter Pflege der Verwandten, die auf die Nachricht seiner Erkrankung hierhergeeilt sind.“

\* Die „Rhein. Stg.“ theilt mit, daß die kleine Fraction der Conservativen des Abgeordnetenhauses sich wahrscheinlich gelegentlich in zwei Fractionen spalten werde. Der Chef der event. austretenden Fraction würde Herr v. d. Heydt sein.

Essen. (Rh. Stg.) Die Adresse an Herrn Grabow lautet: „Hochverehrtester Herr Präsident! Angesichts der erneuten Bestrebungen, welche von gegnerischer Seite gemacht werden, um die Stimmung des Landes in einem falschen Lichte darzustellen, halten es die ergebenst unterzeichneten Wahlmänner für ihre Pflicht, zu erklären, daß sie mit der liberalen Majorität des Abgeordnetenhauses nach wie vor in Uebereinstimmung sind. Insbesondere aber drängt es uns, es öffentlich auszusprechen, daß Sie durch die Worte, welche Sie bei der Uebernahme des Vorsizes an das hohe Abgeordnetenhaus richteten, den in uns lebenden Gedanken und Empfindungen vollen und wahren Ausdruck gegeben haben, und daß wir uns Ihnen dafür zum wärmsten Danke verpflichtet fühlen. Ja, verehrter Herr Präsident, nicht anders sehen auch wir die Lage unseres Landes an, als Sie dieselbe in Ihrer männlichen, kräftigen Rede geschildert haben. Mit Ihnen haben wir die Ueberzeugung, daß das Glück und die Wohlfahrt unseres Staates nicht gesichert sind, so lange nicht unsere verfassungsmäßigen Rechte unbedingte und rückhaltslose Anerkennung gefunden haben. Nochmals unseren herzlichsten Dank, hochverehrter Herr Präsident! Mögen Sie aus der Liebe zu unserem theuren Vaterlande den Muth und die Kraft schöpfen, noch lange Jahre Ihre mühe- und sorgenvolle Thätigkeit für eine glücklichere Zukunft Preußens fortzusetzen! Diese Anerkennung mag noch lange auf sich warten lassen; wir geben uns keinen Täuschungen über die nächste Zukunft hin, aber die Erfahrungen der Gegenwart können uns nicht irre machen und wir müßten schlechte Preußen, schlechte Deutsche sein, wenn uns nicht die sichere Zuversicht besetzte, daß endlich doch Recht Recht bleiben muß. Darum werden wir auch ferner mit Ihnen und der liberalen Majorität des hohen Hauses für unsere Verfassung kämpfen, wie es sich für unabhängige und charakterfeste Männer ziemt.“ Auch aus Dortmund und Börde sind ähnlich lautende Adressen an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses abgegangen.

Frankreich. Paris. Heute versichert man, der Prinz Napoleon werde eine Reise in das südliche Deutschland machen.

Danzig, den 9. Februar.

\* Aus der gestrigen Sitzung des Ältesten-Collegii der Kaufmannschaft ist Folgendes hervorzuheben: Von dem Kgl. Handelsministerium ist eine Mittheilung über die im Mai d. J. zu Dublin zu eröffnende internationale Industrie- und Kunst-Ausstellung eingegangen; gleichzeitig sind Prospective über die Art der Ausführung und die Bedingungen der Theilnahme überandt worden. — Der Magistrat hat dem Collegio die genehmigte Instruktion für den Planen-Inspector und das Protokoll über die erfolgte Vereidigung des Planen-Inspectors Wunderlich zugestellt. — Es wurde beschlossen, der im März dieses Jahres einberufenden General-Versammlung den pro 1865 entworfenen Etat der Corporation zur Prüfung und Genehmigung vorzulegen. — Als Corporations-Mitglied wurde der Kaufmann Julius Rosenthal in Bromberg, welcher hier selbst eine Zweig-Niederlassung besitzt, aufgenommen. — Endlich wurden in der gestrigen Sitzung für den Jahresbericht pro 1864 die Specialberichte über Getreide, Holz und Rhederei festgestellt.

\* [Stadiverordneten-Sitzung am 7. Februar.] (Schluß.) Die Einleitung zu dem „Regulativ für die Erhebung der Wohnungssteuer“ lautet: „Auf Grund der Communalbeschlüsse wird die Wohnungssteuer in Danzig vom 1. April 1865 an nach folgenden Grundsätzen erhoben.“ Hr. Stoboch wünscht statt der Bezeichnung „Wohnungssteuer“ überall „Miethsteuer“ zu setzen, da man seit Jahren an diesen Namen gewöhnt sei und die Steuer auch von Stallräumen, Scheunen u. dgl. erhoben werden solle. Der Antrag wird abgelehnt.



§ 1. Die Wohnungsteuer wird für die Benutzung aller im Gemeindegelände der Stadt (einschließlich der Vorstädte) belegenen Wohnungen, Gassen und Localitäten, einschließlich der Fabriken, Speicher, Scheunen und Stallungen entrichtet.

§ 2. Zur Entrichtung der Wohnungsteuer ist der Eigentümer des Grundstücks verpflichtet, wenn er die Räumlichkeit (§ 1) selbst benutzt. Bei vermieteten Räumlichkeiten ist der Mieter, bei Dienstwohnungen der Inhaber derselben zur Entrichtung der Steuer verpflichtet. Bei Altmietern ist die Wohnungsteuer von dem Hauptmieter zu entrichten. Gasthofbesitzer und Vermieter von Chambres garnies zahlen die Steuer von den Gasthöfen und Chambres garnies, und zwar nach dem gewöhnlichen Mietwerth derselben. Bei Speichern und Lagerräumen, welche nicht gegen festen Zins und auf bestimmte Zeit vermietet, sondern in der Art Anderen zur Nutzung überlassen zu werden pflegen, daß der Zins je nach dem Umfang und der Dauer der Nutzung berechnet wird, haben die Besitzer die Steuer, und zwar nach dem gewöhnlichen Mietwerth, zu zahlen.

§ 3. Von der Wohnungsteuer sind befreit: 1) die Inhaber solcher Räumlichkeiten, deren Mietwerth 40 R. nicht übersteigt. Die auf einem Grundstück belegenen, von dem Eigentümer selbst benutzten oder demselben Mieter vermieteten Räumlichkeiten werden bei Ermittlung des miethsteuerpflichtigen Betrages als ein Object behandelt.

Hierzu wurde in der Commission ein Amendement gestellt, welches keine Majorität erhalten hatte. Herr Dr. Fiebig nimmt es für sich auf, es lautet: „Von der Wohnungsteuer sind befreit die Inhaber solcher Räumlichkeiten, deren Mietwerth 25 R. nicht übersteigt.“ Herr Fiebig bittet unter Hinweisung auf die schon im Ausschuss dagegen erhobenen Gründe, das Amendement abzulehnen; es gebe nur wenige Wohnungen mit einem Mietwerth von 25 R. und es wäre eine besondere Härte, solche arme Einwohner mit einer Miethsteuer zu belegen. Das Amendement wird abgelehnt und Alinea 1 unverändert angenommen. In Alinea 2: (Befreit sind) „die in § 4 der Städteordnung aufgeführten Personen, soweit ihnen die Freiheit von Communalsteuer beigelegt ist. Für Räumlichkeiten, welche von Privaten an solche Personen vermietet sind, die nach § 4 der Städteordnung von persönlicher Communalsteuer gänzlich befreit sind, hat der Vermieter die Steuer zu zahlen.“ — beantragt Herr Fiebig, die Schlussworte zuzufügen: „erst vom Jahre 1867 ab“, damit die Vermieter sich darnach richten könnten und nicht zu sehr belastet würden. Der Zusatz wird abgelehnt und der Passus in ursprünglicher Fassung angenommen.

§ 4. Die Wohnungsteuer beträgt 4 Procent des Mietwerthes.

Herr Commerzienrath Goldschmidt empfiehlt das bereits im Ausschuss gestellte Amendement: „Die Wohnungsteuer beträgt 2½ Procent des Mietwerthes“. Nachdem 50 Proc. Zustimmung zur Gebäudesteuer bewilligt worden, seien 2½ Procent Wohnungsteuer genügend. Es sei zwar richtig, daß der Ertrag nicht völlig hinreiche zur Deckung des Ausfalls, er glaube aber nicht, daß es absolut nothwendig sei, vollen Ersatz zu schaffen. In der That seien nur 42,000 R. zu decken. Es sei zu erwarten, daß der Etat für Bauten in den nächsten Jahren erheblich niedriger würde, wie er in den vergangenen gewesen. Er sei auch nicht für die Annahme der schwankenden Scala; Pfennigsätze ergäben bei der Miethsteuer zu geringe Summen; man werde, wenn man eine variable Scala annehme, niemals unter den Maximalsatz von 15 R. kommen. Man werde schon mit den aus dem Zuschlage und den 2½ Sätzen resultirenden 36,000 R. auskommen und bei der nächsten Etatsberatung nach dieser Summe den Calcul stellen. Dr. Fiebig theilt die Hoffnung mit, daß die Ausgaben in den nächsten Jahren geringer würden, sie würden mindestens die gleiche Höhe wie jetzt einnehmen. Auch Dr. Fiebig ist nicht der Ansicht, daß man mit weniger Einnahmen auskommen werde, namentlich werde der Bonetat schwerlich sich verringern; er erinnert u. A. an die nöthigen Schulden, die Bauten im Franziskanerkloster u. Magistral habe übrigens mit 4% nur ein Maximum gesetzt, innerhalb dessen der Verschuldung bei veränderten Umständen Spielraum bleibe. Dr. Bischoff hält die aus 2½% sich ergebende Summe ebenfalls für genügend und belegt dies mit Zahlen. H. Ridert wünscht für dies Jahr ebenfalls 2½%, da die Feststellung des Procentsatzes bei der Etatsberatung wohl nicht angänglich sei, weil dieselbe in diesem Jahre wahrscheinlich erst nach Ablauf einiger Monate stattfinden würde. Für die Zukunft empfehle sich indeß, die Höhe der Wohnungsteuer bei der Etatsberatung nie nach Bedürfnis zu bestimmen. Dadurch würde erreicht, daß nie mehr Steuern erhoben würden, als nöthig seien und daß der Etat, wie es erforderlich sei, vor Eintritt in das Verwaltungsjahr festgestellt werde. Dr. Fiebig erwidert hierauf, daß, wenn der Etat auch erst im April festgestellt würde, es immer hinreichend Zeit sei für die Bestimmung des Wohnsteuersatzes; im April beginne das Miethjahr, im 2. Vierteljahr würden erst die betr. Declarationen herumgeschickt. Es sei also kein Grund zu dem sich widersprechenden Verfahren vorhanden, künftig bei der Etatsberatung, in diesem Jahre aber schon vorher, den Procentsatz zu bestimmen. Es wird hiernach der Antrag, daß die Wohnungsteuer 2½% des Mietwerthes betragen solle, zum Beschluß erhoben und sind somit die übrigen Amendements abgelehnt.

§ 5. Das Steuerjahr wird vom 1. April gerechnet. Die Wohnungsteuer wird für jedes Halbjahr festgesetzt und ist prae-numerando zu entrichten.

wird unverändert angenommen; ebenso der folgende § 6, die Ausfüllung der Declarationen Seitens der Hauseigentümer betreffend.

§ 7 lautet: „Nach Einforderung der Declaration stellt die Wohnungsteuer-Deputation das Verzeichniß fest. Die Deputation ist aber weder an die Angaben in den Declarationen noch an die in den Miethverträgen verabredeten Miethpreise gebunden. Sie ist befugt, sowohl zur Prüfung der Angaben über die vorhandenen Räumlichkeiten und ihre Benutzung, als zur Ermittlung des wahren Mietwerthes derselben, Commissarien anzuordnen, und deren Bericht ihrer Feststellung zu Grunde zu legen. Sie kann auch auf anderem Wege, z. B. aus den Veranlagungslisten zur Gebäudesteuer, sich Uebersetzung von dem Mietwerth der fraglichen Räumlichkeiten verschaffen.“

An Stelle dieses Paragraphen beantragt Herr Rohloff zu setzen:

§ 7. Nach Einforderung der Declarationen stellt die Wohnungsteuer-Deputation das Verzeichniß fest, wozu die vorhandenen Mieth-Contracte und die Veranlagungslisten zur Gebäudesteuer zu alleinigen Grundlage dienen.

Herr J. C. Krüger unterstützt diese Abänderung zum Schutze der Hauseigentümer gegen zu weit gehende Belastungen. Herr Dr. Fiebig erwidert, daß das einzige Mittel gegen die Defraudationen die Befugniß der Deputation zu Lokalbefragungen sei; eine solche solle und werde nur da stattfinden, wo gegründeter Verdacht vorliege, daß die Angabe des Mietwerthes falsch oder das Miethverhältniß kein normales sei. Was man den Defraudanten an Steuer erlasse, müsse von ehrlichen Leuten aufgebracht werden. Dr. J. C. Krüger erwartet, daß die Sätze der Gebäudesteuer-

toze nicht überschritten werden, da man bei deren Normierung ohnehin sehr splendid verfahren sei. — Das Rohloff'sche Amendement wird abgelehnt und der § 7 ohne Veränderung angenommen. §§ 8 und 9, von den Reclamationen und der Art ihrer Einbringung und Erledigung handelnd, werden unverändert angenommen, ebenso der Schlußparagraph 10, der die Strafen für vorsätzlich unrichtige Declarationen festsetzt. — Bei der Abstimmung über das ganze Regulativ wird dasselbe mit den beschlossenen Modificationen angenommen.

\* Der Schnellzug von Berlin ist heute 1½ Stunde später, der Königsberger Zug 1 Stunde später hier eingetroffen.

In der gestrigen Versammlung des hiesigen Lehrervereins hielt Hr. Lehrer Hoffmann einen Vortrag „über die Mittel zur Vermehrung des Fleißes der Schüler einer Volksschule“; derselbe gab Veranlassung zu einer lebhaften Discussion, deren Resultat die Bestimmung der Anwesenenden zu den ausgesprochenen Principien des Frn. S. enthielt. — Der hierauf mitgetheilte Bericht über den Ausfall des letzten Concerts zum Besten hiesiger Lehrermitteln ergab eine Gesamteinnahme von 260 R. 12 Gr. 6 A., von welcher, nach Abzug von 112 R. 26 Gr. nachgewiesener Kosten — (incl. zweier bereits verabsfolgter Unterstufungen à 5 R.) — 147 R. 16 Gr. 6 A. zur Vertheilung an hilfsbedürftige Lehrermitteln kommen. Diese wird in der Weise erfolgen, daß 47 R. 16 Gr. 6 A. dem hiesigen Frauen-Unterstützungsverein zur Verabreichung überwiesen, 100 R. aber vom Lehrerverein an 15 Wittwen, in Raten von 5 bis 10 R., sofort vertheilt werden. Der erwähnte Frauenverein hat in 12 Jahren, mit Hilfe edler Wohlthäter, die Summe von 2478 R. an Lehrermitteln vertheilt. Den Schluß der Conferenz bildete eine Verathung über die Feier des diesjährigen Stiftungsfestes des Lehrervereins (gegründet 1834), welche am 27. d. M. im untern Saale des Gewerbehause besungen werden soll.

\* Gestern Abend nach 9 Uhr entstand in der Küche des Erdgeschosses des Hauses Fleischerstraße Nr. 57 Feuer. Glühendes Brennmaterial, was aus einer Ofenheizung gefallen war, hatte eine in der Nähe befindliche, mit Steinöfen gefüllte Kiste entzündet und das Feuer sich bereits mehreren Wirtschaftgegenständen, der Dielung, Decke u. mittelgetheilt, als die herbeigerufene Feuerwehr erschien und den Brand noch zeitig genug unter Anwendung einer Spritze im Entstehen löschte.

\* Eine in Beschlag genommene bunt carrirte wollene Pferdebede kann im Kgl. Criminal-Polizei-Bureau zur Ermittlung des rechtmäßigen Eigentümers in Augenschein genommen werden.

### Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung.

Angekommen 9. Febr., 4½ Uhr Nachmittags.

Berlin, 9. Februar. Eine Deputation aus Köln überbrachte heute dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses Gradow eine Bürgerkrone. Auf die Ehre der Deputation erwiderte der Präsident im Wesentlichen Folgendes: Was er, eingebend des Königswortes: „Zwischen uns sei Wahrheit!“ gesprochen und was er geleistet, sei unzertrennlich von dem, wozu die liberale Majorität seit Jahren sich bekannt hat. Er könne daher die höchste Auszeichnung, welche der Bürger dem Bürger zu gewähren vermag, nur Namens dieser Majorität entgegennehmen. Sie gebühre allen seinen liberalen Kampfgenossen. Er werde das bürgerliche Kleinod treulich aufbewahren und dasselbe solle ihn stählen zum Kuscharren in dem schweren Verfassungskampfe, falls die allseitig gewünschte Verständigung unmöglich werde.

### Börsendepeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 9. Februar 1865. Aufgegeben 2 Uhr 20 Min.

Roggen gedr., loco	34½	35½	36½	37½	38½	39½	40½	41½	42½	43½	44½	45½	46½	47½	48½	49½	50½	51½	52½	53½	54½	55½	56½	57½	58½	59½	60½	61½	62½	63½	64½	65½	66½	67½	68½	69½	70½	71½	72½	73½	74½	75½	76½	77½	78½	79½	80½	81½	82½	83½	84½	85½	86½	87½	88½	89½	90½	91½	92½	93½	94½	95½	96½	97½	98½	99½	100½																																											
Februar	34½	35½	36½	37½	38½	39½	40½	41½	42½	43½	44½	45½	46½	47½	48½	49½	50½	51½	52½	53½	54½	55½	56½	57½	58½	59½	60½	61½	62½	63½	64½	65½	66½	67½	68½	69½	70½	71½	72½	73½	74½	75½	76½	77½	78½	79½	80½	81½	82½	83½	84½	85½	86½	87½	88½	89½	90½	91½	92½	93½	94½	95½	96½	97½	98½	99½	100½																																											
März-April	33½	34½	35½	36½	37½	38½	39½	40½	41½	42½	43½	44½	45½	46½	47½	48½	49½	50½	51½	52½	53½	54½	55½	56½	57½	58½	59½	60½	61½	62½	63½	64½	65½	66½	67½	68½	69½	70½	71½	72½	73½	74½	75½	76½	77½	78½	79½	80½	81½	82½	83½	84½	85½	86½	87½	88½	89½	90½	91½	92½	93½	94½	95½	96½	97½	98½	99½	100½																																										
Rübsl Febr.	11½	12½	13½	14½	15½	16½	17½	18½	19½	20½	21½	22½	23½	24½	25½	26½	27½	28½	29½	30½	31½	32½	33½	34½	35½	36½	37½	38½	39½	40½	41½	42½	43½	44½	45½	46½	47½	48½	49½	50½	51½	52½	53½	54½	55½	56½	57½	58½	59½	60½	61½	62½	63½	64½	65½	66½	67½	68½	69½	70½	71½	72½	73½	74½	75½	76½	77½	78½	79½	80½	81½	82½	83½	84½	85½	86½	87½	88½	89½	90½	91½	92½	93½	94½	95½	96½	97½	98½	99½	100½																				
Spiritus do.	13½	14½	15½	16½	17½	18½	19½	20½	21½	22½	23½	24½	25½	26½	27½	28½	29½	30½	31½	32½	33½	34½	35½	36½	37½	38½	39½	40½	41½	42½	43½	44½	45½	46½	47½	48½	49½	50½	51½	52½	53½	54½	55½	56½	57½	58½	59½	60½	61½	62½	63½	64½	65½	66½	67½	68½	69½	70½	71½	72½	73½	74½	75½	76½	77½	78½	79½	80½	81½	82½	83½	84½	85½	86½	87½	88½	89½	90½	91½	92½	93½	94½	95½	96½	97½	98½	99½	100½																						
5% Pr. Anleihe	105½	106½	107½	108½	109½	110½	111½	112½	113½	114½	115½	116½	117½	118½	119½	120½	121½	122½	123½	124½	125½	126½	127½	128½	129½	130½	131½	132½	133½	134½	135½	136½	137½	138½	139½	140½	141½	142½	143½	144½	145½	146½	147½	148½	149½	150½	151½	152½	153½	154½	155½	156½	157½	158½	159½	160½	161½	162½	163½	164½	165½	166½	167½	168½	169½	170½	171½	172½	173½	174½	175½	176½	177½	178½	179½	180½	181½	182½	183½	184½	185½	186½	187½	188½	189½	190½	191½	192½	193½	194½	195½	196½	197½	198½	199½	200½														
4½% do.	102½	103½	104½	105½	106½	107½	108½	109½	110½	111½	112½	113½	114½	115½	116½	117½	118½	119½	120½	121½	122½	123½	124½	125½	126½	127½	128½	129½	130½	131½	132½	133½	134½	135½	136½	137½	138½	139½	140½	141½	142½	143½	144½	145½	146½	147½	148½	149½	150½	151½	152½	153½	154½	155½	156½	157½	158½	159½	160½	161½	162½	163½	164½	165½	166½	167½	168½	169½	170½	171½	172½	173½	174½	175½	176½	177½	178½	179½	180½	181½	182½	183½	184½	185½	186½	187½	188½	189½	190½	191½	192½	193½	194½	195½	196½	197½	198½	199½	200½											
Staatsanleihe	91½	92½	93½	94½	95½	96½	97½	98½	99½	100½	101½	102½	103½	104½	105½	106½	107½	108½	109½	110½	111½	112½	113½	114½	115½	116½	117½	118½	119½	120½	121½	122½	123½	124½	125½	126½	127½	128½	129½	130½	131½	132½	133½	134½	135½	136½	137½	138½	139½	140½	141½	142½	143½	144½	145½	146½	147½	148½	149½	150½	151½	152½	153½	154½	155½	156½	157½	158½	159½	160½	161½	162½	163½	164½	165½	166½	167½	168½	169½	170½	171½	172½	173½	174½	175½	176½	177½	178½	179½	180½	181½	182½	183½	184½	185½	186½	187½	188½	189½	190½	191½	192½	193½	194½	195½	196½	197½	198½	199½	200½
Wachsele. London	6.21½	6.22½	6.23½	6.24½	6.25½	6.26½	6.27½	6.28½	6.29½	6.30½	6.31½	6.32½	6.33½	6.34½	6.35½	6.36½	6.37½	6.38½	6.39½	6.40½	6.41½	6.42½	6.43½	6.44½	6.45½	6.46½	6.47½	6.48½	6.49½	6.50½	6.51½	6.52½	6.53½	6.54½	6.55½	6.56½	6.57½	6.58½	6.59½	7.00½	7.01½	7.02½	7.03½	7.04½	7.05½	7.06½	7.07½	7.08½	7.09½	7.10½	7.11½	7.12½	7.13½	7.14½	7.15½	7.16½	7.17½	7.18½	7.19½	7.20½	7.21½	7.22½	7.23½	7.24½	7.25½	7.26½	7.27½	7.28½	7.29½	7.30½	7.31½	7.32½	7.33½	7.34½	7.35½	7.36½	7.37½	7.38½	7.39½	7.40½	7.41½	7.42½	7.43½	7.44½	7.45½	7.46½	7.47½	7.48½	7.49½	7.50½	7.51½	7.52½	7.53½	7.54½	7.55½	7.56½	7.57½	7.58½	7.59½	8.00½										

Ruhig, 8. Februar. Getreidemarkt. Weizen sehr ruhig, April-Mai 5400 Pfd. netto 94 Bancothaler Br., 93 Gd., matt. Roggen geschäftslos. April-Mai 5100 Pfd. Brutto 79 Br., 78½ Gd. Del Mai 26½ — 25½. Oct. 25½, niedriger und ruhig. Raffee nur Consumgeschäft, fest. Zink ruhig, bleibt ziemlich matt.

Amsterdam, 8. Februar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen stille. Roggen loco geschäftslos, Termine etwas niedriger. Raps Frühl. 69, Herbst 69½. Rübsl April-Mai 38½, Herbst 39.

London, 8. Februar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) In allen Getreidearten sehr beschränktes Geschäft. — Trübes Wetter.

\* Leith, 8. Februar. [Cochrane, Paterson u. Co.] Wochen-Import (in Tons): 421 Weizen, 113 Bohnen, 41 Erbsen, 4178 Säcke Mehl. — Markt flau. Weizen in weicher Tendenz, wenig Verkäufe, andere Artikel eher billiger.

London, 8. Februar. Consols 89. 1% Spanier 39½. Sarbinier 79. Mexikaner 27½. 5% Russen 91. Neue Russen 89½. Silber —. Türkische Consols 51½.

Liverpool, 8. Februar. Baumwolle: 6000 Ballen Umsatz. Preise unverändert.

Upland 22½, fair Dhollerah 18, middling fair Dhollerah 16½, middling Dhollerah 15½, Bengal 10, Scinde 9½, Dombra 16½, China 13.

Paris, 8. Februar. 3% Rente 67, 20. Italienische 5% Rente 65, 40. 3% Spanier 41. 1% Spanier —. Oesterreichische Staats-Eisenbahn-Actien 450, 00. Credit-mob. Actien 968, 75. Lomb. Eisenbahn-Actien 552, 50. — Auf das Gerücht, daß die Bank von Frankreich morgen den Discount herabsetzen werde, eröffnete die Rente in fester Haltung.

Petersburg, 7. Februar. Wechselcours auf London 3 Monat 31½ d., auf Hamburg 3 Monat 28 Sch., auf Amsterdam 3 Monat 152½ Ct., auf Paris 3 Monat 330 Cts. Neueste Prämien-Anleihe 103½. Impérials 6 Rbl. 20 Kp. Gelber Lichttag 7½ August (alles Geld im Voraus) —, do. do. (mit Handgeld) 46½.

Danzig, den 9. Februar. Bahnpreise.

Weizen frischer, gut bunt, hellbunt, fein und hochbunt 120/123 — 125/27 — 128/29 — 130 31 R. von 50/53/56 — 58/59/61 — 62/63/64 — 65/66/67½ R. nach Qualität 78 85 R.

Roggen 120/123/125 — 127/128/129 R. von 35/36/36½ — 37½/38/38½ R. Erbsen 40 — 47 R. Gerste, kleine 105 — 112 R. von 26 — 31 R., große 110 — 118/19 R. von 30 — 35/35½ R. Hafer 21 — 24 R. Spiritus 13½ R.

Getreide-Börse. Wetter: Frost. Wind: D. Weizen zeigte sich am heutigen Markte bei matter Kauf- und beschränktem Geschäft unverändert in den Preisen gegen gestern. Umsatz 60 Lasten. Bezahlt für 120/1 R. bunt

§ 315, 126/7 R. hellfarbig § 360, 126/7, 127 R. gut bunt § 366, 367½, 372½, 130 R. hellbunt § 386, 387½, 390, Alles 78 85 R. — Roggen unverändert, 123 R. 216, 219, 123/4 R. 217½, 125 R. 222, 127 R. 225 R. 81½ R. — Kleine 109/10 R. Gerste § 180. — Spiritus 13½ R. bezahlt.

Königsberg, 8. Febr. (R. F. B.) Wind: S. — 10. Weizen unverändert stille, hochbunter 120/130 R. 50/68 R. Br., 118/126 R. 46½/56 R. bez., bunter 120/130 R. 40/65 R. Br., 114/121/122 R. 40/49 R. bez., rother 120/130 R. 40/65 R. Br., 122 R. 49 R. bez. Roggen unverändert, loco 110/120/126 R. 30/34/37 R. Br., 118/119/120/123 — 124/126 R. 33/34/35/36½ R. bez.; Termine stille, 80 R. 78 Febr. 35½ R. Br., 34½ R. Br., 78 Febr. 38 R. Br., 37 R. Br., 120 R. 78 Febr. 38 R. Br., 37 R. Br. Gerste stille, große 95/112 R. 25/35 R., kleine 95/110 R. 25/35 R. Br. Hafer matt, loco 70/82 R. 19/27 R. Br. Erbsen still, weiße 30/55 R., graue 30/80 R., grüne 30/52 R. Br. Bohnen 38/52 R. bez. Leinsaat flau, feine 108/112 R. 75/100 R., mittel 104/112 R. 55/75 R., ordinäre 96/106 R. 35/5



